Sessionsforum Herbstsession, Schaffhauser Nachrichten vom 21.9.2023

Martina Munz, Nationalrätin

Biodiversität: Bürgerliche erkennen den Ernst der Lage nicht

Der Rechtsrutsch im Nationalrat hat die Mehrheitsverhältnisse verschoben. Der Bauernverband gibt den Takt vor. Trotz Biodiversitätskrise werden alle Fördermassnahmen versenkt.

In dieser Session wurden mit dem Budget die Weichen für die kommende Legislatur gestellt. Und wir wissen jetzt schon: Wichtige Investitionen zugunsten der Bevölkerung werden es schwer haben. Wegen der massiven Aufstockung des Armeebudgets kann die Schuldenbremse nicht eingehalten werden. Der Bundesrat kürzte deshalb die ungebundenen Ausgaben um zwei Prozent. Die Armee selbst wurde von den Sparmassnahmen verschont und alle Kürzungen der Landwirtschaft wurden wieder rückgängig gemacht. Gleichzeitig wird im Asylbereich und bei den Ärmsten der Welt gekürzt. Auch in den Bahninfrastrukturfonds wird weniger einbezahlt. Die SP lehnte deshalb dieses Budget ab. Einsparungen auf Kosten der Regionalentwicklung, bei der internationalen Zusammenarbeit und bei der humanitären Hilfe können wir nicht mittragen. Wir fordern zudem eine neue Ausrichtung der Schuldenbremse. Heute können Milliardenüberschüsse der Vorjahre nämlich nicht für Zukunftsinvestitionen verwendet werden. Damit fehlt Geld für gute Renten, bezahlbare Krankenkassenprämien und die Umsetzung der Energiewende.

Die starke Bauernlobby hat ihre Macht im Parlament weiter ausgebaut. Mit dem Rauswurf des grünen Biobauern Kilian Baumann aus der Konferenz der bäuerlichen Parlamentariern hat der Bauernverbandspräsident Markus Ritter seine Macht demonstriert. Am ersten Tag der Legislatur wurde auch eine Motion gutgeheissen, welche die Einführung der 3,5% Biodiversitätsförderflächen auf Ackerflächen stoppte. Es wäre die wichtigste Massnahme für die Artenvielfalt gewesen, ein Versprechen an die Bevölkerung bei der Trinkwasser- und Pestizidabstimmung. Schon einmal wurde die Umsetzung verschoben. Das Ansinnen ist klar, die Massnahme soll beerdigt werden. Grosse Bauernorganisationen wie Bio-Suisse und IP-Suisse wollten die Biodiversitätsförderflächen einführen, denn die meisten Betriebe haben bereits verbindlich geplant und bereits gesät. Wer sich an die Vorgaben gehalten hat, wird nun bestraft. Das scheint den Bauernverband nicht zu kümmern. Eine Aussage von Markus Ritter im Rahmen der Bundesratswahlen zeigte auf, was er eigentlich will. Er wünsche sich einen Bundesrat, der sich nicht in Angelegenheiten der Landwirtschaft einmische. Dass die Bevölkerung aus Steuergeldern die Landwirtschaft mit 2,8 Milliarden Franken oder durchschnittlich 58'000 Franken pro Betrieb unterstützt, scheint ihm hingegen eine Selbstverständlichkeit zu sein. Ein seltsames Demokratieverständnis.

Der Bauernverband gab auch dem Gegenentwurf der Biodiversitätsinitiative den Todesstoss, obwohl wir in einer akuten Biodiversitätskrise stecken, die genauso bedrohlich ist wie die Klimakrise. Wegen Massnahmen in der Landwirtschaft fiel der erste Gegenvorschlag im Ständerat durch. Beim zweiten Vorschlag wurde explizit alles gestrichen, was die Bauern betroffen hätte. Dafür wäre das Siedlungsgebiet in die Pflicht genommen worden. Damit hätten man der Verschotterung von Gärten, dem Pestizideinsatz und der Versiegelung Grenzen gesetzt. Der Bauernverband verweigerte dem Kompromiss die Zustimmung. Damit hatte das Anliegen keine Chance. Einmal mehr hat sich der Bauerverband als Lobbyist der Konzerne und der Agrarindustrie gezeigt. Den eigentlichen Bauern erweist er damit einen Bärendienst. Nun kommt es auf die Stimmbevölkerung an: Die Biodiversitätsinitiative kommt ohne Gegenvorschlag im Herbst zur Abstimmung.